



Arbeitsplatz mit mehr als 150.000 Euro subventioniert, doch der Ertrag ist dürftig: Die Sonne trägt nur rund ein halbes Prozent zur Stromerzeugung in Deutschland bei.

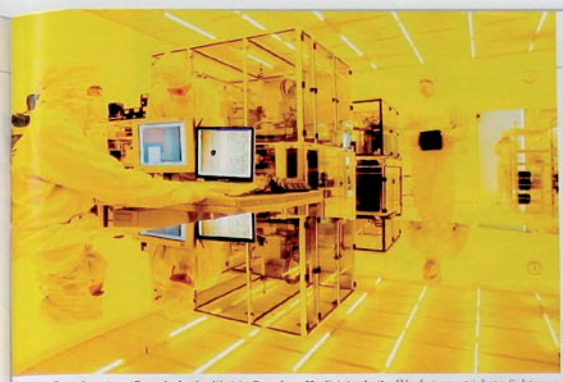
Immer wieder maßen sich Politiker an zu wissen, welche Branche förderungswürdig ist – und liegen doch bei der Beurteilung oft genug daneben. Statt fertige Produkte, etwa Solarmodule, zu finanzieren, wäre es besser, die Entwicklung neuer Technologien zu fördern: in der Energieerzeugung, im Klimaschutz oder in der Umwelttechnik.

Wissenschaftler des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) schlagen deshalb vor, dass Unternehmen die Ausgaben in Forschung und Entwicklung in vollem Umfang steuerlich geltend machen können, wie dies in den meisten OECD-Staaten gang und gäbe ist. „Die Innovationsaktivitäten benötigen einen wirtschaftspolitischen Schub“, heißt es in einer neuen DIW-Studie.

Dazu gehören nach Ansicht der Berliner Ökonomen vor allem finanzielle Hilfen für Firmengründer. Ihre Zahl ist 2008 erneut zurückgegangen, um sieben Prozent; ein historischer Tiefpunkt. Insbesondere in der deutschen Hochtechnologie fehlt der unternehmerische Nachwuchs, die Folgen sind fatal: Der Gründermangel entzieht der Volkswirtschaft die Kraft zur Erneuerung. Vor allem aber obliegt es dem Staat, für die Bildung zu sorgen, die Grundlage für den Wohlstand in einem rohstoffarmen Land. Wird diese Herausforderung noch vernachlässigt, wird die deutsche Wirtschaft schrumpfen: Fast ein Drittel aller Erwerbsfähigen kann nur eine niedrige oder gar keine Qualifizierung aufweisen.

Strukturwandel aber lässt viele einlebens in den alten Branchen, in der Automobilindustrie beispielsweise, wegfallen. Es entstehen zwar zugleich neue Arbeitsplätze, etwa in der Umwelt- oder Nanotechnik. Doch dort sind andere Qualifikationen gefragt, Naturwissenschaften und Ingenieurwesen werden gesucht. Die Qualifizierung der Arbeitskräfte ist ein zentrales Thema für die Deutschen wird ohne den Strukturwandel von immer neuen Unternehmen und ständigen Veränderungen in der Arbeitswelt. Doch die Qualität des Qualifizierungssystems ist bislang nur schlecht vor. „Wir brauchen eine Bildungsrevolution der vergangenen Jahrzehnte“, sagt Ökonom Enderlein. „Studien der Politik ein Bildnis ausgestellt haben, vermissen die Bundesländer an Reformen für sich, jedes mit anderen Worten: wenn das Geld in den Händen wegen der Steuerknappheit knapper wird, dann werden wir es nie mal wieder an den Schulen. In einem Stadtstaat Hamburg werden über 250 Stellen für Gymnasiallehrer gestrichen.“

Deutschland gehört zu den wenigen Ländern der OECD, in denen die Ausga-



Forschung am Fraunhofer-Institut in Dresden, Medizintechnik: Wachstumsstärkste Sektoren



ben für Hochschulen in den vergangenen Jahren sogar zurückgegangen sind. Nach den neuesten verfügbaren Studien investierten die OECD-Staaten im Durchschnitt 6,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Bildung, Deutschland gibt weniger als 5 Prozent dafür aus.

Kanzlerin Merkel ist das Defizit durchaus bewusst. Sie will den Bildungsanteil bis 2015 auf 7 Prozent hochschrauben und auch die Forschungsförderung steigern: „Das Ziel muss sein, dort zu investieren, wo der Bildungsnotstand am größten ist.“ Das sollte machbar sein. Bislang hat sich die deutsche Wirtschaft in Krisensituationen schließlich als anpassungsfähig erwiesen. Vor einigen Jahren tobte hierzulande die Standortdebatte: Die Arbeitskräfte seien zu teuer, hieß es damals, die Betriebe würden deshalb massenhaft Jobs ins Ausland verlagern. Der Münchner Ökonom Sinn fragte: „Ist Deutschland noch zu retten?“ Manager und Betriebsräte gaben ihre Antwort darauf: Mit Bündnissen für Arbeit senkten sie die Kosten und machten die Standorte wettbewerbsfähig.

Auch die Überlegenheit der amerikanischen Shareholder-Value-Philosophie, wie sie vor wenigen Jahren noch von vielen Managern und Beratern gepredigt wurde, hat sich spätestens seit Beginn der Finanzkrise als fragwürdig herausgestellt. Heute besinnen sie sich auf die Vorzüge, die das deutsche Modell bietet: die langfristige Ausrichtung des Geschäfts, die partnerschaftliche Beziehung zwischen Belegschaft und Arbeitgeber, die soziale Sicherheit, die Instrumente wie die Kurzarbeit bieten. Darum beneidet die Welt den deutschen Standort.

Es gibt also Hoffnung, dass die hiesige Wirtschaft sich auch diesmal erneuern kann. Bei allem Ärger und Verdross: Krisen bieten dafür die beste Grundlage.

Naheliegender wäre es beispielsweise, an alte Wurzeln anzuknüpfen, an die Blütezeit vor mehr als hundert Jahren, als nirgendwo eine so enge Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft bestand wie im Deutschen Reich, als das Land Entrepreneurie wie Alfred Krupp, Werner Siemens oder die Gebrüder Mannesmann hervorbrachte, die mit ihren Produkten die Weltmärkte eroberten.

Diese Tradition wirkt bis heute nach. Von den Branchen, die die Vereinten Nationen in ihrem internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel aufzählten, spielten die Deutschen bei 40 Prozent nach wie vor eine führende Rolle, so der Historiker Abelsbäuser.

Ein neues Geschäftsmodell für Deutschland? Er winkt ab. Es wäre geradezu töricht, sich von der Exportorientierung zu verabschieden, nur weil der Welthandel vorübergehend am Boden liegt, sagt der Wissenschaftler: „Was wir können, können nicht viele.“

DIETMAR HAWRANKE,
ALEXANDER JUNG, ALEXANDER NEUBACHER,
THOMAS SCHULZ, WIELAND WADNER